

Jetzt folgt das Entsetzen

Landtagsabgeordneter Detlev Schulz-Hendel ist empört über die Reaktionen aus dem Kreishaus zum Brücken-Aus

VON KLAUS RESCHKE

Lüneburg. Die rot-grüne Landesregierung will den Bau der Elbbrücke bei Darchau/Neu Darchau beerdigen. Dagegen regt sich Widerstand. Auch und gerade im Lüneburger Kreishaus. Die Kritik, die Landrat Jens Böther, aber auch SPD-Kreistagspolitiker an diesen Pläne äußerten, missfällt dem Lüneburger Landtagsabgeordneten und Grünen-Fraktionschef, Detlev Schulz-Hendel. Er sagt: „Ich bin entsetzt über das Nachkarten gegenüber der Landesregierung und der Landtagsmehrheit. Gerade deren Entscheidungen sollten doch beim Landrat und der Kreistagsmehrheit und hier insbesondere bei der SPD zu einem längst überfälligen Umdenken führen.“

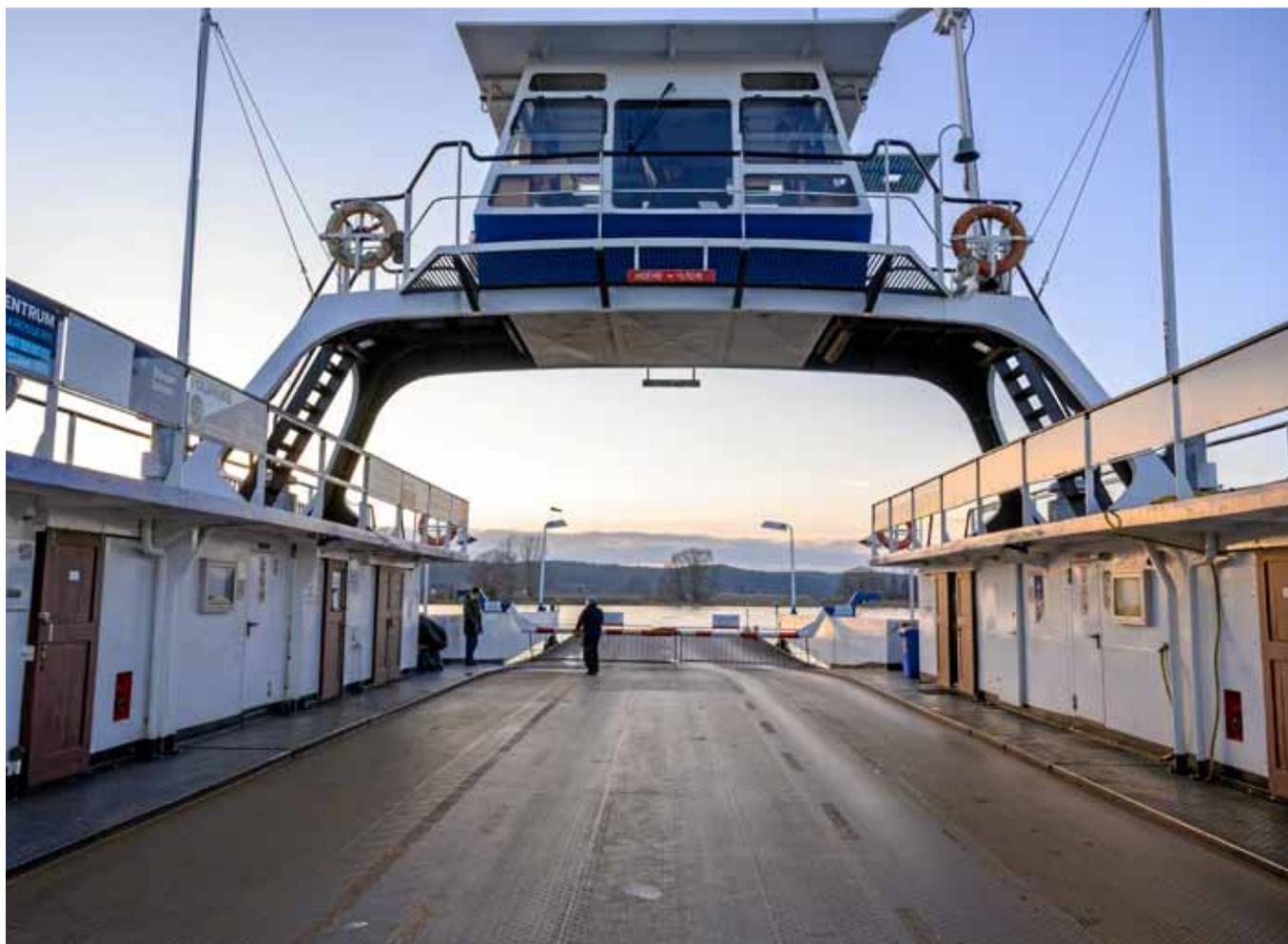
Handeln orientiert sich an den Bedürfnissen der Menschen

Dazu sagt Landrat Jens Böther (CDU): „Der Kreistag des Landkreises Lüneburg hat sich mit Blick auf die Realität und die Lebenswirklichkeit der Menschen an der Elbe sehr bewusst dafür entschieden, eine Brücke zu planen.“ Der Landkreis Lüneburg nehme hier sein Recht in Anspruch, die Herausforderungen in seinem Landkreis bestmöglich zu lösen. „Unser kommunales Handeln orientiert sich an den konkreten Bedürfnissen der Menschen vor Ort.“

„Mit der angedachten Änderung des Landesraumordnungsprogramms würde das Land uns als Landkreis unsere Entscheidungsfreiheit nehmen“, fährt der Landrat fort. „Ich bin nicht sicher, ob dies tatsächlich von der Mehrheit der Landtagsabgeordneten so gewollt ist, weil diese Entscheidung deutlich über den Satz im Koalitionsvertrag hinausgehen würde. Eine Lösung

zu favorisieren ist etwas anderes als eine Lösung auszuschließen.“

Schulz-Hendel sieht das anders. Er kritisiert: „Die SPD und insbesondere auch SPD-Kreistagsfraktionschef Franz-Josef Kamp haben den Ausstieg aus den Brückenplanungen 2015 im Kreistag beschlossen.“ Die erneute Kehrtwende 2018 sei ein fataler Fehler auf Kosten der Menschen im Amt Neuhaus gewesen. Nun werde versucht, die Verantwortung auf das Land abzuschieben, um davon abzulenken, „dass hier jahrelang falsche Hoffnungen geweckt“ worden seien und die Versprechen nichts mehr als Luftnummern seien. „Das ist politisch unverantwortlich – nicht nur gegenüber den Menschen im Amt Neuhaus, sondern auch gegenüber den Steuerzahlern, ganz abgesehen von den negativen Auswirkungen auf Natur und Umwelt“, kritisiert Schulz-Hendel.



Statt dem Bau der Brücke favorisiert Detlev Schulz Hendel ein deutlich verbessertes Fährkonzept.

Foto: t&w

„Der Kreistag des Landkreises Lüneburg hat sich mit Blick auf die Realität und die Lebenswirklichkeit der Menschen an der Elbe sehr bewusst dafür entschieden, eine Brücke zu planen.“

Jens Böther (CDU)
Landrat

Immer wieder habe der Landrat ein Fährkonzept verschleppt, um den Menschen zu suggerieren, dass eine Brücke dringend benötigt werde. Der Verweis auf Mittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz sei zwar grundsätzlich richtig, aber eine Bezuschussung des Landes von dieser Größenordnung gehe in einem nicht vertretbaren Ausmaß zu Lasten weiterer Projekte der Kommunen im Land, warnt der Landtagsabgeordnete: „Ich kann nur an den Lüneburger Kreistag appellieren, die eindeutigen Signale aus Hannover ernst zu nehmen und weitere Pläne für eine Elbbrücke einzustellen.“ Dem Fraktionsvorsitzenden der SPD attestiert Schulz-Hendel dagegen fehlenden Realitätssinn, wenn er in Erwägung ziehe, quasi gegen die eigene Landesregierung rechtliche Schritte einzuleiten.

Ein Fährkonzept könnte aus Sicht Schulz-Hendels wie folgt

aussehen: „Der Landkreis Lüneburg nimmt Kontakt mit dem Landkreis Lüchow-Dannenberg und der Gemeinde Neu Darchau auf, mit dem Ziel, eine gemeinsame Fährgesellschaft auf den Weg zu bringen. Wir brauchen dazu ein Anlegerkonzept sowie die Beschaffung von Fähren, die auf Niedrigwasser ausgelegt sind. Zwei Fähren in Bleckede im Pendelbetrieb sowie eine weitere in Neu Darchau sollten mit ausgedehnten Fährzeiten das Ziel sein. Ebenso sollte den Betrieben und den Menschen im Amt Neuhaus die kostenfreie Fährnutzung ermöglicht werden. Weiterhin sollten die Fähren gut an den ÖPNV angebunden werden, dazu zählt auch die Reaktivierung der Bahnstrecken in unserer Region.“

Dazu sagt Böther nur: „Eine Fähralternative kann trotz aller Bemühungen die Anforderungen an eine verlässliche Verbindung nicht erfüllen.“